

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network  
[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 67 / 05. 06. 2004**

## **GENTECHNISCH VERAENDERTES SAATGUT**

Von Gen-ethisches Netzwerk e.V., Email: [liste@gen-ethisches-netzwerk.de](mailto:liste@gen-ethisches-netzwerk.de) , Web: <http://www.gen-ethisches-netzwerk.de>

### **Aktionstips und Infos zur Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft und Ernährung**

Berlin. Zur Unterstützung derjenigen, die sich in Stadt und Land für die Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft und Ernährung engagieren, wurde heute der Informationsdienst Gentechnik von Umwelt-, Wirtschafts-, Verbraucher und Bauernverbänden ins Leben gerufen. Interessierte Bürger, Landwirte, Verbraucher und Umweltschützer können sich zu Fragen der Gentechnik persönlich oder per Internet und Fax an den Informationsdienst wenden.

Zu dem Serviceangebot des Informationsdienstes gehört das Aktionsportal [www.informationsdienst-gentechnik.de](http://www.informationsdienst-gentechnik.de) Hier finden Sie aktuelle Nachrichten, Termine und Informationen zur Agro-Gentechnik, Pressekontakte und Links sowie Aktionstips und Materialien für engagierte Bürgerinnen und Bürger, Journalisten, Initiativen und regionale Aktionsbündnisse.

Der Informationsdienst ist im Internet auf [www.informationsdienst-gentechnik.de](http://www.informationsdienst-gentechnik.de) zu finden und unter 030 28482 304 direkt zu erreichen.

Der Informationsdienst Gentechnik wird getragen von:

AbL, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Bioland e.V. Bioland - Ökologischer Landbau

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, BÖLW

Bund für Umwelt und Naturschutz, BUND

Deutscher Naturschutz Ring, DNR

Gen-ethisches Netzwerk

Greenpeace

Naturschutzbund Deutschland, NABU

Verbraucherzentrale Bundesverband, vzbv

Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Bio-Verlag GmbH

Kontakt: Informationsdienst Gentechnik, Telefon: 030 / 28482304, Fax: 030 / 28482309, E-Mail: [info@keine-gentechnik.de](mailto:info@keine-gentechnik.de) , Internet: [www.informationsdienst-gentechnik.de](http://www.informationsdienst-gentechnik.de)

\*\*\*

05.05.04 Zur Kenntnis:

## **Koexistenz - endlich Erprobungsanbau in Deutschland**

Frankfurt/Main (ots) - Der Erprobungsanbau mit gentechnisch veränderten Mais hat in Deutschland begonnen. Die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) begrüßt die Initiative, die von Landwirten, der Landesregierung Sachsen-Anhalt sowie den Landwirtschaftsministerien von Bayern und Mecklenburg-Vorpommerns unterstützt wird. "Damit beenden wir in Deutschland die Theoriediskussion über die Koexistenz und befassen uns endlich mit der landwirtschaftlichen Praxis", erklärte DIB-Geschäftsführer Dr. Ricardo Gent.

Die beteiligten Landwirte, Landesregierungen, Wissenschaft und Wirtschaft nehmen eine Vorreiterrolle in Deutschland für eine Zukunftstechnologie ein. Die verantwortungsbewusste Anwendung und Weiterentwicklung der Grünen Gentechnik auf der Basis wissenschaftlicher Bewertungen und nachvollziehbarer Standards kann nur unter Praxisbedingungen gelingen. Dazu bedarf es neben einer Wahlfreiheit für die Konsumenten auch einer Wahlfreiheit für die Produzenten. Nur das Miteinander und die gegenseitige Ergänzung von Anbauverfahren mit und ohne Gentechnik ergeben die gewünschte Vielfalt des Angebots, aus dem der Landwirt und der Verbraucher seine Auswahl treffen kann und damit zugleich über die Marktanteile der einzelnen Produktionsmethoden entscheidet. "Der Erprobungsanbau wird maßgeblich dazu beitragen, das Vertrauen in eine innovative Technologie zu stärken", so DIB-Geschäftsführer Gent.

Die DIB ist die Biotechnologie-Vereinigung des Verbandes der Chemischen Industrie und seiner Fachverbände. Sie vertritt die Interessen von über 200 deutschen Biotech-Unternehmen.

ots Originaltext: DIB Dt. Industrievgg. Biotechnologie

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung.  
[/story.htx?firmaid=20949](http://story.htx?firmaid=20949)

Pressekontakt: Dr. Ricardo Gent, Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie E-Mail:  
[gent@vci.de](mailto:gent@vci.de)

Anmerkung Scherrmann: Dies ist ein Paradebeispiel fuer die Argumentation der Industrie Siehe auch unter INDUSTRIE.

=====

## **KURZINFO**

2.06.2004

**Auch Toronto erklärt Bars zu rauchfreien Zonen** TORONTO. Auch in der kanadischen Millionenstadt Toronto sind für Raucher schwere Zeiten angebrochen. Seit dem 1. Juni verbietet ein Gesetz den Zigarettenkonsum in nahezu sämtlichen Bars, Casinos und ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16509>

**WWF: Chemische Substanzen beeinträchtigen Intelligenz von Kindern** GENF. Weil im Alltagsleben vorkommende chemische Substanzen der Intelligenz und dem Gedächtnis von Kindern schaden, fordert die Umweltschutzorganisation World Wildlife Fund (WWF) dringend gesetzliche ...  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16508> Auf Englisch die WWF-datei:  
[http://www.wwf.dk/db/files/children\\_1.pdf](http://www.wwf.dk/db/files/children_1.pdf)

1.06.2004

**Gen-Pflanzen veraendern Leberfunktion** Italienische Studie bestätigt Auswirkungen auf Körperorgane <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=040601020>

**Norwegen verbietet Rauchen in der Öffentlichkeit** Gastronomen für Einhaltung des Verbots verantwortlich <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=040601018>

27.09.2004

**Freier Welthandel: Die Armen sind arm geblieben.** Liberale Ökonomen preisen den freien Welthandel gerne als Patentrezept gegen Hunger und Armut an. Jetzt werden sie von einer Studie der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung widerlegt. In den Entwicklungsländern sei Wohlstand nach wie vor ein Fremdwort. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,druck-301633,00.html>

24.05.2004

**Viele RLS-Kranke denken an Suizid** Das Restless-Legs-Syndroms (RLS) hat für die Betroffenen oft erhebliche psychosoziale Auswirkungen. Viele RLS-Patienten haben zugleich Depressionen und Angststörungen. Und ein Drittel der depressiven RLS-Patienten hat Suizid-Gedanken. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=307127,3411,medizin/angst>

Anmerkung Scherrmann: Viele MCS-kranke haben unter vielen anderen Symptomen auch das RLS-Syndrom. Erstaunlich ist, dass auch beim RLS-Syndrom der toxische Hintergrund selten diskutiert wird.

18.05.2004

**Prionen: Schon vor klinischen Symptomen nachweisbar** Göttingen (dpa) - Die Erreger so genannter Prionenkrankheiten wie dem Rinderwahnsinn BSE oder der Schafkrankheit Scrapie lassen sich möglicherweise bereits vor dem Auftreten von Symptomen in der Muskulatur nachweisen. <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=5&d=19&id=111574>

**Nikotin: Jugendliche schneller abhaengig als gedacht** Erfurt (dpa) - Jugendliche werden nach Angaben der Deutschen Krebshilfe viel schneller von Nikotin abhängig als bisher angenommen. Untersuchungen hätten gezeigt, dass etwa ein Viertel der 12- bis 13- Jährigen bereits nach den ersten vier Wochen des <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=5&d=18&id=111540>

17.05.2005

**Gefahrenquelle Diesel: Rußpartikel lösen Mutationen aus.** Forscher haben eine weitere Gefahr von Abgasen entdeckt: Mikroskopisch kleine Partikel, die etwa von Dieselmotoren oder Stahlwerken in die Luft geblasen werden, lösen Mutationen aus - die über Generationen weitervererbt werden können. <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-300164,00.html>

**Mini-Partikel schaedigen Herz und Gefaesae.** Mikroskopisch kleine Staubpartikel in der Atemluft verdicken das Blut und können das Herz aus dem Takt bringen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des GSF-Forschungszentrums für Umwelt und Gesundheit in Neuherberg bei München zu den Folgen der Luftverschmutzung

12.05.2004

**EU-Regel fordert Ursprungsanalyse für Feinstaub** Ab 2005: Grenzwerte für Luftverschmutzung in EU-Städten <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=040511019>

**Luftreiniger als Gesundheitsgefahr** US-Forscher warnen vor chemischer Reaktion mit Ozon <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=040511026>

11.5.2004

**Drastischer Anstieg von Klinikaufhalten wegen Alkoholmissbrauchs** BERLIN. Alkoholmissbrauch ist bei Männern mittlerweile der zweithäufigste Anlass zu einer Behandlung im Krankenhaus. <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16299>

**Deutschland: Alkoholmissbrauch dramatisch angestiegen.** 10.000 Jugendliche werden pro Jahr wegen Alkoholmissbrauch im Krankenhaus behandelt. Nach einer Studie ist übermäßiges Trinken mittlerweile die zweithäufigste Ursache für eine Krankenhaus-Einweisung von Männern.  
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-299371,00.html>

7.05.2004

**"ESTR-A-LISER" findet Hormonspuren im Abwasser,** Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Sexualhormone im Wasserkreislauf werden unter anderem als "Spermienkiller" verdächtigt. Sie wirken schon in äußerst geringen Konzentrationen, die nur mit grossem Aufwand nachzuweisen sind. Wissenschaftler der Universität Bonn haben nun in Zusammenarbeit mit der Dresdner Biotech-Firma quo data einen Antikörper-Test entwickelt, der um den Faktor zwanzig kostengünstiger ist als bisher eingesetzte Nachweis-Methoden. Das Messgeräet ist zudem extrem einfach und sicher in der Handhabung. Vom 11. bis zum 14. Mai präsentieren die Projektpartner ihre Neuentwicklung, die sie inzwischen zum Patent angemeldet haben, auf der Analytica, der Weltfachmesse fuer Analytik, in Muenchen URL steht nicht mehr zur Verfügung

5.05.2004

**Indien: Rauchen in öffentlichen Gebäuden und der Gastronomie verboten** NEU-DEHLI. Indische Ärzte haben die seit Anfang Mai geltenden neuen Anti-Nikotin-Gesetze einstimmig begrüßt. Seit kurzem darf in Indien laut Gesetz nicht mehr in öffentlichen Gebäuden inklusive Bars ...  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16231>

=====

## RECHT

Neues in V/SB-INFO vom 14.05.2004, Ein Service von V/SB-INFO (<http://www.uwendler.de/vsb/>) und anhaltspunkte.de <http://www.anhaltspunkte.de> -

Mit Rundschreiben vom 16.04.2004 hat der das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung auf der Grundlage der Beschlüsse des Ärztlichen Sachverständigenbeirats vom 05.11.2003 drei Änderungen der "Anhaltspunkte" - im Bereich Diabetes mellitus, Multiple Sklerose und Blut, blutbildende Organe, Immunsystem - bekannt gegeben. Das Rundschreiben ist in V/SB-INFO abgestellt; die Änderungen wurden in den Elektronischen Anhaltspunkten eingearbeitet.

=====

## INDUSTRIE – zur Kenntnis

10.05.04

**Stabilisierung auf dem deutschen Düngemittelmarkt** Frankfurt a. M. (ots) - Mit einer leichten **Umsatzsteigerung auf 1,53 Mrd. Euro** (Vj.: 1,5 Mrd.) **hat die Düngemittel-Industrie in Deutschland** das vergangene Jahr abgeschlossen. Trotz erheblich höherer Energie- und Rohstoffkosten hat sich zudem die Ertragslage der Unternehmen gefestigt. Das berichtet Stefan Greger, Vorsitzender des Fachbereichs Pflanzenernährung im Industrieverband Agrar e. V. (IVA) vor der Presse in Frankfurt am Main. Der Exportwert verbesserte sich auf 807 Mio. Euro (Vj.: 878 Euro). Im Inland wurden 629 Mio. (Vj.: 624 Mio.) umgesetzt.

Die Nachfrage nach Düngemitteln wurde in der abgelaufenen Saison von den Nässeschäden 2002 und der Dürreperiode 2003 negativ beeinflusst. Der Absatz blieb zwar bei Stickstoff stabil, bei Kali und Kalk ging er jedoch um über fünf Prozent zurück. Bei Phosphat erfolgte ein Anstieg um vier Prozent, allerdings nach einem historischen Tiefststand im Vorjahr.

Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den

Geschäftsfeldern der 50 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

URL steht nicht mehr zur Verfügung

Pressekontakt: Industrieverband Agrar e. V., Pressestelle, Hannelore Schmid, E-Mail: [schmid.iva@vci.de](mailto:schmid.iva@vci.de) , [www.iva.de](http://www.iva.de)

\*\*\*

### **Wettergott stört Pflanzenschutzgeschäft**

Frankfurt a. M. (ots) - Um 5,5 Prozent ist das Pflanzenschutzgeschäft in Deutschland im vergangenen Jahr zurückgegangen. Das teilte Niels Pörksen, BASF Aktiengesellschaft, der Vorsitzende des Fachbereichs Pflanzenschutz im Industrieverband Agrar e. V. (IVA) vor der Presse in Frankfurt am Main mit. Die IVA-Mitglieder erzielten einen Umsatz von 1,07 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,13 Mrd.).

Bei der Ausfuhr von Pflanzenschutzmitteln fiel das Minus noch deutlicher aus als im Inland. Mit 2,1 Mrd. Euro blieben die Exporterlöse 16 Prozent unter denen des Vorjahres. **Der Gesamtumsatz der Hersteller in Deutschland erreichte damit 3,2 Mrd. Euro.** Das sind 13 Prozent weniger als 2002 (3,7 Mrd.).

Der Markt für Pflanzenschutzmittel in Deutschland hat unter der extremen Kälte des Frühjahrs 2003 ebenso gelitten wie unter der Rekordhitze des Sommers. Wegen der Witterung wurden vor allem weniger Mittel gegen Pilzkrankheiten benötigt. **Nur auf dem kleinen Markt für Insektizide war eine Steigerung zu registrieren. Der Umsatz bei Herbiziden hat sich wenig verändert.**

**Die abgesetzte Wirkstoffmenge ist dagegen wieder auf das Niveau von 2001 gestiegen. Ursache dafür ist, dass im vergangenen Jahr wieder verstärkt preiswerte Wuchsstoffherbizide zum Zuge kamen, die mit höheren Aufwandmengen eingesetzt werden.**

Für das laufende Jahr signalisieren die Umsätze des ersten Quartals weiter rückläufige Umsätze in Deutschland. Einen guten Start erlebte dagegen das internationale Geschäft mit Pflanzenschutzmitteln.

**Bereits im vergangenen Jahr hat sich der Weltmarkt bei 26,7 Mrd. Dollar stabilisiert; gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Steigerung um sechs Prozent.** Die Hersteller in Deutschland konnten wegen des starken Euros davon jedoch nicht profitieren.

In der genannten Zahl nicht enthalten ist **das zunehmende Marktvolumen transgener Pflanzensorten. Es wird für 2003 auf 4,5 Mrd. Dollar geschätzt.**

Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 50 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

ots Originaltext: Industrieverband Agrar e.V., URL steht nicht mehr zur Verfügung.

Pressekontakt: Industrieverband Agrar e. V., Pressestelle, Hannelore Schmid, E-Mail: [schmid.iva@vci.de](mailto:schmid.iva@vci.de), [www.iva.de](http://www.iva.de)

\*\*\*

**Neue Höchstmengen: Werden unsere Lebensmittel sicherer?**

Frankfurt/M. (ots) - Europa will einheitliche Rückstandshöchstmengen für Pflanzenschutzmittel in Lebensmitteln festlegen. "Die Pflanzenschutz-Industrie sieht darin einen wichtigen Schritt zu mehr Sicherheit und Vertrauen beim Verbraucher. Unterschiedliche Höchstmengen machen beim grenzüberschreitenden Handel immer wieder Probleme und irritieren die Konsumenten", sagte Niels Pörksen, der Vorsitzende des Fachbereichs Pflanzenschutz im Industrieverband Agrar e. V. (IVA) vor der Presse in Frankfurt am Main.

Bis Mitte nächsten Jahres soll der Großteil der geltenden Höchstmengen harmonisiert sein. Das wird den Handel im europäischen Binnenmarkt erheblich erleichtern. Bei Obst und Gemüse kommen rund 80 Prozent des Verbrauchs aus dem Ausland. Einheitliche Höchstmengen geben den Landwirten die Sicherheit, dass ihre Produkte europaweit absetzbar sind. Sie machen außerdem die Kontrolle der Lebensmittel übersichtlicher und nachvollziehbarer. Die neuen Höchstmengen werden "auf dem niedrigsten vernünftigerweise erreichbaren Niveau" festgelegt, wie EU-Verbraucherschutz-Kommissar David Byrne betont. Im Einzelfall kann das für Deutschland natürlich auch zu höheren Werten als bisher führen.

**Alle diese Werte bleiben jedoch weit unterhalb einer Menge, die in umfangreichen Studien als sicher für die menschliche Gesundheit ermittelt wurde. Bei der Festlegung werden auch als besonders empfindlich geltende Gruppen wie Babys oder Kranke berücksichtigt.**

Die derzeitige Situation ist für alle Beteiligten verwirrend. Für zugelassene Pflanzenschutzmittel wird beispielsweise in den Mitgliedsländern für jede Kombination Wirkstoff/Lebensmittel eine eigene Höchstmenge festgesetzt. Sie ist ein Toleranzwert, der die unvermeidbaren Rückstände angibt, und zeigt, dass das Pflanzenschutzmittel richtig dosiert und eingesetzt wurde. Für ein und dasselbe Mittel kann daher bei Tomaten eine andere Rückstandshöchstmenge gelten als bei Paprika. Bei spanischen Tomaten kann es eine andere als bei belgischen Tomaten sein.

Für Pflanzenschutzmittel, die in Deutschland nicht eingesetzt werden, kann die Industrie Importtoleranzen festlegen lassen. Erzeuger im Ausland oder Importeure in Deutschland können außerdem so genannte "Allgemeinverfügungen" beantragen, wenn sonst der innergemeinschaftliche Handel behindert wird. Daneben gibt es Höchstmengen, die von UN-Behörden als Standards für den weltweiten Handel festgesetzt werden. Existieren überhaupt keine technisch begründeten Werte, gilt die Nachweisgrenze von 0,01 Milligramm.

**Die unterschiedlichen Grenzwerte sind Ursache vieler "Lebensmittelskandale", bei denen sich nach genauerem Hinsehen herausstellt, dass nur die Nachweisgrenze überschritten wurde.** Und es kann zu der paradoxen Situation kommen, dass die spanischen Erdbeeren, die dem deutschen Urlauber an der Costa Brava ganz legal verkauft werden dürfen, in Deutschland nicht marktfähig sind.

Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 50 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

ots Originaltext: Industrieverband Agrar e.V. Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmid=16070

Pressekontakt: Industrieverband Agrar e. V., Pressestelle, Hannelore Schmid, E-Mail: [schmid.iva@vci.de](mailto:schmid.iva@vci.de) [www.iva.de](http://www.iva.de)

Hervorhebungen: Scherrmannn.

Anmerkungen Scherrmann: Es ist wichtig,

- a) zu wissen, um welche Umsatzzahlen es sich hier handelt,
- b) wie die Industrie grundsatzlich argumentiert

- c) welche Rolle „Grenzwerte“ bei der „Diskussion“ spielen.

\*\*\*

### **Billigdünger aus Russland stört Märkte / Düngemittel-Industrie fordert Abbau der Wettbewerbsverzerrungen**

Frankfurt/M. (ots) - Russland soll mit dem Eintritt in das Welthandelsabkommen WTO sein Preisdumping bei Düngemitteln abbauen und Marktpreise zulassen. Das forderte Stefan Greger, Vorsitzender des Fachbereichs Pflanzenernährung im Industrieverband Agrar e. V. (IVA), vor der Presse in Frankfurt am Main. Bei den Gesprächen über den Beitritt zur WTO sollten die Verhandlungsführer der EU die einmalige Chance nutzen, Reformen der russischen Elektrizitäts-, Gas- und Energiepolitik durchzusetzen, die derzeit zu ernsthaften Verzerrungen der Energiepreise führen.

Das Kernproblem besteht darin, dass die russische Regierung die Erdgaspreise vorschreibt, zu denen die russische Düngemittel-Industrie beliefert wird. Diese Preise liegen nicht nur unter den eigentlichen Marktpreisen, sondern auch unter den heimischen Produktionskosten. Gazprom als russisches Erdgas-Monopol hat deshalb selbst immer wieder höhere Preise für einheimische Abnehmer gefordert.

Erdgas macht bei Stickstoffdüngern 50 bis 80 Prozent der gesamten Produktionskosten aus. Die Gaspreispolitik in Russland führt deshalb zu unerträglichen Verzerrungen des Wettbewerbs mit Anbietern in Westeuropa. Ein weiteres Problem sind die staatlich festgesetzten Eisenbahntarife, die deutlich unter denen marktwirtschaftlich orientierter Länder liegen und den russischen Düngemittelfabriken, die weit entfernt von geeigneten Exporthäfen liegen, weitere Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen könnten in drei Schritten abgebaut werden, wie Greger darlegte.

Vor oder unmittelbar im Zusammenhang mit dem WTO-Beitritt sollte ein erster Schritt zur Preisreform auf den Energie- und Düngemittelmärkten in Russland getan werden. Zwei Jahre nach dem Beitritt sollte dann ein marktwirtschaftlich vertretbares Preisniveau für inländische Industrieabnehmer sichergestellt sein. In einem Zeitraum von vier bis fünf Jahren sollte auf dem russischen Gasmarkt der Marktzugang für Dritte, die Abschaffung von Exportsteuern sowie verlässliche "Handels- und Durchleitungsrechte" für nationale, aber auch internationale Betreiber eingeführt sein und das Export-Monopol der Gazprom für Erdgas zeitlich limitiert werden. "Die Produzenten in den Vereinigten Staaten, in Kanada und Australien sind sich in diesen Forderungen einig mit den Europäern", sagte Greger.

Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 50 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

ots Originaltext: Industrieverband Agrar e.V. Digitale Pressemappe: [http://presseportal.de/URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmaid=16070](http://presseportal.de/URL%20steht%20nicht%20mehr%20zur%20Verfuegung.%20/story.htx?firmaid=16070) Pressekontakt: Industrieverband Agrar e. V., Pressestelle, Hannelore Schmid, E-Mail: [schmid.iva@vci.de](mailto:schmid.iva@vci.de) [www.iva.de](http://www.iva.de)

=====

## **VERANSTALTUNGEN**

### **Kongress "Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten die Politik beeinflussen"**

25.-27. Juni 2004 in Frankfurt/Main, Online anmelden unter [www.gesteuerte-demokratie.de](http://www.gesteuerte-demokratie.de)  
Unterstützer: attac Deutschland, Blätter für Deutsche und Internationale Politik, BUKO-Pharma-Kampagne, Coordination gegen Bayer-Gefahren, Dachverband der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Freitag - Die Ost-West-Wochenzeitung, ila - Informationsstelle Lateinamerika, iz3w -

Neoliberale und wirtschaftliche Eliten nehmen immer stärkeren Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit. In die Debatte um die "Reformen" der letzten Monate haben sie massiv neoliberal geprägte Ideen eingebracht und verankern können. Auf der anderen Seite werden selbst kleine Ansätze für mehr Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit von Wirtschaftsverbänden und Industrie bekämpft und blockiert, wo es nur geht - sei es die EU-Chemikalienpolitik, die Bürgerversicherung oder jüngst der Emissionshandel.

Während der Streit um die "Reformen" voll entbrannt ist, bleiben die eingesetzten Einflusstaktiken und Machtstrukturen weitgehend im Hintergrund - wie scheinbar überparteiliche "Reforminitiativen", die von Arbeitgeberverbänden finanziert werden. Der Kongress "Gesteuerte Demokratie?" soll das ändern und eine überfällige gesellschaftliche Debatte anstoßen und Ansatzpunkte für mehr Transparenz und Demokratie aufzeigen. Denn diese Einflussnahme hebt eine faire öffentliche Debatte aus und schädigt die Demokratie.

=====

## **VERÖFFENTLICHUNGEN**

In umg (umwelt-medizin-gesellschaft):

1) 2/2004

### **Falsche Schlussfolgerungen durch einseitige Bewertung der Evidenz bei der Beurteilung von MCS**

**Ingrid Scherrmann**

Am Beispiel des Artikels *Multiple Chemical Sensitivity (MCS) - eine Herausforderung interdisziplinärer Patientenversorgung und Forschung* von Hornberg, Pauli und Wiesmüller, der eine Übersicht über den derzeitigen Stand des Wissens zum Krankheitsbild der MCS und die daraus abzuleitenden Herausforderungen geben will (35), soll anhand der Evidenz belegt werden, wie eine einseitige Darstellung die MCS-Sicht beeinflusst. Bei genauer Analyse des Wissenstandes anhand der umfangreichen angegebenen Literatur wird nämlich deutlich, dass die Autoren eine einseitige und industrienaher Sicht von MCS favorisieren. Der vorliegende Artikel will dies an einigen Beispielen aufzeigen und gleichzeitig die Strategie bestimmter Industriekreise und Lobby-Institute darstellen, die die MCS-Sicht unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen suchen.

2) 1/2004

### **Umweltmedizinische Forschung: Wie weiter? Vorschläge, Wünsche, Möglichkeiten aus Sicht einer MCS-Patientin**

**Ingrid Scherrmann**

MCS-Kranken kann am wirkungsvollsten geholfen werden, wenn gemeinsam daran gearbeitet wird, geeignete Rahmenbedingungen - also vor allem eine schadstoffärmere Umgebung - für alle zu schaffen. Dabei wird deutlich, dass die Brisanz der gesundheitlichen Schädigungen durch Schadstoffe bis jetzt nur von wenigen wahrgenommen wird und für noch weniger Anlass für eigenes Handeln ist. Um dies zu ändern und die Politik zum Handeln aufzufordern, um die

Bürgerinnen und Bürger anzuregen, mehr für ihre Gesundheit zu tun, mehr Prävention im weitesten Sinne zu betreiben, brauchen wir zunächst sachliche, weitreichende Aufklärung. Ausserdem muss die medizinische und interdisziplinäre Forschung endlich die bereits heute vorhandenen Erkenntnisse nutzen und tatsächliche Ursachenforschung betreiben.

Beide Artikel koennen (kostenfrei) als pdf-Datei ueber [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) angefordert werden.

=====

## WISSENSCHAFT

Eine Zusammenstellung von vielen Artikeln, Studien, die im letzten Monat erschienen sind, finden sich auf dem englischen newsletter Nr. 29 von SAFER WORLD

=====

## POLITIK – BEHOERDEN – Zur Kenntnis

=====

### BUNDESTAG

Verbraucherschutz/Gesetzentwurf GRUNDREGELN FÜR DIE FUTTERMITTELKONTROLLE IN DER EU FESTLEGEN

Berlin: (hib/SAS) Grundregeln für die Futtermittelkontrolle in der Europäischen Union schaffen sowie beim Umgang mit unerwünschten Stoffen in Futtermitteln, Zusatzstoffen und Vormischungen ist das Ziel eines Gesetzentwurfes der Bundesregierung (15/3170).

Damit möchte sie EG-Richtlinien zur Anpassung des Futtermittelrechts in nationales Recht umsetzen. Des Weiteren strebt sie an, Änderungen und Ergänzungen aufgrund von Erfahrungen bei der Anwendung des Futtermittelgesetzes vorzunehmen sowie Anzeige- und Buchführungspflichten auszuweiten.

Auch sollen Daten aus der Agrarverwaltung für die amtliche Futtermittelüberwachung genutzt werden können. Die Regierung schätzt die Auswirkungen auf die Haushalte der Bundesländer als "gering" ein, die bei der Einhaltungskontrolle der Bestimmungen erforderlich sind.

Mit einem geringfügig höheren Koordinierungsaufwand zu rechnen sei auch infolge der gemeinschaftsweiten Informationsverfahren in Krisenfällen und durch die Maßnahmen zur vorbeugenden Bekämpfung unerwünschter Stoffe in Futtermitteln.

Der Umfang dieser Kosten könne jedoch nicht beziffert werden, da er insbesondere von der Intensität des Koordinierungsbedarfs und der Überwachungstätigkeit abhängt, heißt es.

\*\*\*

### Umwelt/Antwort PRAXISGERECHTE AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ZUR EU-CHEMIKALIENPOLITIK BETONT

Berlin: (hib/WOL) Der Erarbeitung praxismgerechter Ausführungsbestimmungen und Leitlinien zum REACH-System (Registrierung, Evaluierung, Autorisierung und Beschränkung von Chemikalien) kommt eine große Bedeutung zu, betont die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/3128) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/2894).

In den von der EU-Kommission initiierten Erarbeitungsprozess werde auch die Wirtschaft eng eingebunden sein, heißt es weiter. Zu den in der Anfrage der Liberalen geäußerten Befürchtungen über erhebliche Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit betroffener Chemieunternehmen verweist die Bundesregierung nochmals auf ihre Antwort auf eine Großen Anfrage der CDU/CSU (15/2806, 15/1394).

Danach werde "eine Vielzahl von Änderungen den zu erwartenden Aufwand des REACH-Systems für die Wirtschaft erheblich verringern".

Die Regierung nimmt auch Bezug auf die Ergebnisse eines in Nordrhein-Westfalen veranstaltetes Planspiels dazu. Schon nach kurzer Planspielzeit hätten konkrete Lösungen für viele der im Rahmen der begleitenden Leitlinien zu klärenden Detailprobleme erarbeitet werden können.

Ohne sich die Ergebnisse dieses Pilotprojektes in allen Einzelheiten zueigen machen zu wollen betrachte sie das NRW-Projekt deshalb als wertvollen Beitrag im Hinblick auf eine praxisgerechte Ausgestaltung der Aspekte des REACH-Systems.

Dies gelte sowohl für Detailberatungen des Verordnungsentwurfs als auch für die von der Kommission bereits eingeleiteten Arbeiten zur Erstellung von Ausführungsbestimmungen und Leitlinien.

\*\*\*

Berlin: Do, 13.05.2004

#### Verbraucherschutz/Gesetzentwurf REGIERUNG WILL EU-RICHTLINIE ZUR NEUREGELUNG DES GENTECHNIKRECHTS UMSETZEN

Berlin: (hib/BES) Die Bundesregierung will das Gentechnikrecht novellieren und hat dazu einen Gesetzentwurf (15/3088) vorgelegt. Die Neuregelung solle in erster Linie der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts der EU über die absichtliche Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt dienen, heißt es in der Begründung.

Ziel der Novelle sei es, unter Berücksichtigung der Erfahrungen und der Entwicklung der wissenschaftlichen Erkenntnisse einen angemessenen ordnungspolitischen Rahmen zu gewährleisten, der die Gefahren für die Umwelt und die menschliche Gesundheit erfasst, die mit der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) verbunden sein können.

Was die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes anbelangt, macht die Regierung keine konkreten Angaben und beruft sich dabei darauf, dass Länder und Gemeinden "überwiegend" keine Angaben zu möglichen Kostensteigerungen gemacht hätten.

Aufgrund der erhöhten Sorgfaltspflichten seien Mehrkosten für Produzenten und Konsumenten von GVO-Produkten nicht auszuschließen. Konkrete Angaben seien jedoch auch in diesem Fall nicht möglich. Allerdings würden von einzelnen Verbänden Mehrkosten für Produzenten gentechnikfreier Produkte in der Nachbarschaft von Gentechnik anwendenden Produzenten über die gesamte Wertschöpfungskette prognostiziert, schreibt die Regierung weiter.

Es sei daher nicht auszuschließen, dass dies zu einer nicht quantifizierbaren Erhöhung von Einzelpreisen führen könne. Unmittelbare Auswirkungen auf das Preisniveau seien aber nicht zu erwarten. Der Bund muss nach Angaben der Regierung aber mit erhöhten Personalbedarf rechnen.

Diese Kosten, die durch den Mehrbedarf des Zentrums für Gentechnik und die Teilung der Zentralen Kommission in zwei spezialisierte Ausschüsse entstehen, werden nach einer vorläufigen Schätzung der Regierung insgesamt 124.000 Euro betragen.

\*\*\*

#### 03.05.2004. Verbraucherschutz/Antrag **PRÜFUNGEN DER PFLANZENSCHUTZÄMTER BEI LANDWIRTEN ANKÜNDIGEN**

Berlin: (hib/SAS) Die Bundesregierung soll das geltende Pflanzenschutzgesetz dahingehend ändern, dass dort geregelte Eingriffsmaßnahmen durch Behörden, wie etwa Bodenuntersuchungen oder ähnliches, nur nach vorheriger und rechtzeitiger Ankündigung durch die zuständigen Behörden erfolgen darf.

Darauf dringt die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (15/2969). Des Weiteren verlangt sie, dass die Ankündigung schriftlich, unter Angabe von Zweck,

Termin und Zeitrahmen erfolgen müsse und in angemessener Frist vor der anstehenden Untersuchung eingehen solle.

Sicherzustellen habe die Regierung ebenfalls, dass neben allen Bediensteten und sonstigen Beauftragten auch alle Vertragspartner der zuständigen Behörden per Vertragsklausel an diese Regelung gebunden würden.

Zudem pocht die Union darauf, einen bestehenden Paragraphen des Pflanzenschutzgesetzes zu streichen, der das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung im Zusammenhang mit Überwachungs- und Bekämpfungsmaßnahmen der Behörden einschränkt.

Die Fraktion kritisiert, dass das Umweltbundesamt (UBA) mit einer öffentlichen Ausschreibung ein Projekt eingeleitet habe, bei dem mit "verdeckter Feldbeobachtung" auf gewässernahen landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen ein Fehlverhalten der Landwirte bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erfasst werden solle.

Durch diese Maßnahme scheine das UBA die Einhaltung der "guten fachlichen Praxis" der Land- und Forstwirtschaft grundsätzlich in Frage stellen zu wollen. Die Fraktion vertritt die Auffassung, dass damit ein ganzer Berufsstand diskreditiert und kriminalisiert werde.

Ferner kommt sie zum Schluss, dass die Regelung des Pflanzenschutzgesetzes wie auch das Projekt vom UBA dazu führten, öffentliches Mißtrauen in die Arbeit und die Leistungen der Landwirte zu schüren.

\*\*\*

#### 03.05.2004 Umwelt/Antwort ABLAGERUNG UNBEHANDELTEN SIEDLUNGSABFÄLLE BIS 31. MAI 2005 ZU BEENDEN

Berlin: (hib/BOB) Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Ablagerung unbehandelter Siedlungsabfälle auf Deponien bis spätestens zum 31. Mai 2005 "definitiv" zu beenden ist. Dies teilt sie in ihrer Antwort (15/2962) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/2880) mit.

Die Regierung teilt nicht die Meinung, dass zu dem genannten Datum keine ausreichenden Vorbehandlungskapazitäten für Siedlungsabfälle oder für gewerblichen Abfälle zur Verfügung stehen würden. Sie halte allerdings eine fortlaufenden genaue Beobachtung der Entwicklung für erforderlich.

Die Vollzugsbehörden der Ländern hätten gegenüber Gebietskörperschaften, die sich noch keine ausreichenden Behandlungskapazitäten gesichert hätten, entsprechende Maßnahmen zu realisieren. Die Umweltministerkonferenz habe in ihren Beschlüssen mehrfach das Festhalten an der Abfallablagerungsverordnung und der Frist zur Beendigung der Ablagerung unbehandelter Abfälle am 1. Juni 2005 bekräftigt. Säumige öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger seien zum Handeln aufgefordert worden. Die Länderarbeitsgemeinschaft Abfall sei zwecks Verfolgung der weiteren Entwicklung gebeten worden, ihre Bestandsaufnahme halbjährlich zu aktualisieren und der Umweltministerkonferenz zu berichten.

#### Verbraucherschutz/Antwort EU TOLERIERT BEI LEBENSMITTELSICHERHEIT KEINE RISIKEN FÜR DEN VERBRAUCHER

Berlin: (hib/BOB) Die Lebensmittelsicherheit ist ein Aspekt im Erweiterungsprozess, bei dem die Europäische Kommission "keine Umstände, toleriert", die zu einer Senkung der Lebensmittelsicherheitsstandards oder zu Risiken für den Verbraucher führen können.

Dies teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/2930) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/2877) mit. Wie weiter daraus hervorgeht, stehe die EU-Kommission in engem Kontakt mit den Beitrittsländern, um eventuell auftretende Probleme zu lösen und die Fortschritte bei der Umsetzung der Maßnahmen genau zu überwachen.

Damit soll eine uneingeschränkte Einhaltung der EU-Standards in den neuen Mitgliedsstaaten sichergestellt werden. Alle Beitrittsländern haben sich damit einverstanden erklärt zum Zeitpunkt des Beitritts vorgestern (1. Mai) den entsprechenden EU-Rechtsvorschriften "uneingeschränkt nachzukommen".

Dazu gehöre unter anderem auch die Einhaltung des in der EU geltenden umfassenden Verfütterungsverbots für Tiermehl. Die EU-Kommission werde weiterhin die Fortschritte bei der Umsetzung des Verfütterungsverbots als eine der wichtigsten Maßnahmen zur BSE-Bekämpfung genau überwachen .

=====

## **Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz**

### **Welt-Nichtrauchertag / Neues Ausstellungsprojekt eröffnet**

Schnappauf: Neue Ausstellung wirbt mit bekannten Gesichtern für Nichtraucher - Modellprojekt "Rauchfreie Schule" läuft an

"Wir brauchen nicht rauchen." Für diese Freiheit werben in Bayerns Schulen jetzt bei Jugendlichen beliebte Persönlichkeiten aus Sport, Film und Musik wie zum Beispiel Maria Riesch, Simon-Paul Wagner und Marc Terenzi. Das Ausstellungsprojekt stellte Gesundheitsminister Werner Schnappauf heute im Vorfeld des Welt-Nichtrauchertages in München vor. "Sympathische junge Menschen vermitteln, dass sie Rauchen nicht nötig haben, um sich gut zu fühlen. Damit motivieren wir junge Menschen, sich gegen einen Gruppenzwang des Rauchen -Müssens, um dazu zu gehören, durchzusetzen", betonte der Minister. Die Ausstellung unterstütze die Schulen ab sofort auf ihrem Weg in die "Rauchfreie Schule". Schnappauf: " Als Gesundheitsminister setze ich mich dafür ein, dass bis zum Ende der Legislaturperiode möglichst alle Schulen in Bayern rauchfrei sind."

Damit Schulen ganz rauchfrei werden, startet das Gesundheitsministerium zusammen mit Kultusministerium und Landeszentrale für Gesundheit das neue Modellprojekt "Rauchfreie Schule". "Angesichts der tödlichen Gefahr durch das Rauchen und der damit verbundenen enormen Kosten für das Gesundheitswesen müssen wir mehr rauchfreie Räume schaffen. Das gilt ganz besonders für die Schulen. Wir müssen alles tun, den Nikotinkonsum zu minimieren und vor allem junge Menschen bewegen, nicht mit dem Rauchen anzufangen. Deshalb sollen bayerische Schulen komplett - vom Pausenhof bis zum Lehrerzimmer- zur rauchfreien Zone werden", erklärte Schnappauf und erläuterte das neue Projekt. Grundlage sei eine freiwillige Vereinbarung von Schülern, Eltern und Lehrern. Jede Schule gestalte im Dialog ihren Weg zur Rauchfreiheit und lege selbst die Etappenziele fest. "Reine Verbote nützen kaum. Nikotinabhängige brauchen gesprächs- und suchttherapeutische Unterstützung. Dieser neue Ansatz hat mehr Chancen auf Erfolg. Die Schulen werden nicht allein gelassen", machte der Minister deutlich. Fachlich begleitet werden die Schulen von den Suchtpräventionsfachkräften an den Landratsämtern und Beratungsstellen, die als Mediatoren im Dialog fungieren. Neben der personellen Unterstützung erhalten die Schulen Leitfäden, praktische Tipps und Umsetzungshilfen und werden bei einer Fachtagung Ende Juli auf den Start im neuen Schuljahr vorbereitet. Am zweijährigen Modellprojekt beteiligt sind 28 Schulen in allen Regierungsbezirken. Die wissenschaftliche Begleitung durch das Institut für Therapieforschung ist sichergestellt. Die Kosten des Modellprojekts mit etwa 50.000 Euro trägt das Gesundheitsministerium.

Die Ausstellung "Wir brauchen nicht rauchen" kann bei der Landeszentrale für Gesundheit von Schulen und Jugendeinrichtungen kostenfrei ausgeliehen werden. Sie bietet neben interaktiven Elementen zur Anregung von Eigenreflexion und Eigeninitiative, Fakten zu Tabakkonsum und zu Folgen des Rauchens, wie auch Tipps zum Aufhören, begleitet von einer Handreichung und einem Videofilm "Ich küsse keinen Aschenbecher" für den Unterricht.

Weitere mitwirkende Persönlichkeiten sind: Hannah Stockbauer, Verena Zimmermann, Silvia Mittermüller, Ron Holzschuh, Herbert Ulrich, Jasmin Wagner, Michael "Bully" Herbig, Christophe Schmidt und Markus Schroth.

=====

## UBA – UMWELTBUNDESAMT

Berlin, den 27.05.04 **Zum Start des Roland Emmerich Films "The day after tomorrow"**  
**Klimawandel: Erwischt es uns eiskalt?**

Neue Broschüren des Umweltbundesamtes fassen Wissensstand zum Klimawandel zusammen. Nicht mehr Außerirdische, kosmische Flugkörper oder furchterregende Überbleibsel aus der Evolution - diesmal sind wir es selbst, die die Apokalypse auslösen. In Roland Emmerichs Film "The day after tomorrow" führen Klimawandel und das Abreißen des Golfstroms zu ungeahnten Tornados, einer gigantischen Flutwelle, die Schiffe durch die Avenues New Yorks treibt und einem plötzlichen Tiefkühlbruch, der Städte unter Eis erstarren lässt. Obwohl die Annahmen im Film künstlerisch überspitzt sind: Das Klima verändert sich schon heute - weltweit. Doch wie schlimm kommt es wirklich? Was ist zu erwarten? In zwei neuen, kostenlosen Broschüren fasst das Umweltbundesamt den heutigen Wissensstand zusammen und setzt sich mit den Argumenten der Zweifler am vom Menschen gemachten Klimawandel auseinander.

Der Präsident des Umweltbundesamtes, Prof. Dr. Andreas Trote: "Der Klimawandel wird einige Regionen härter treffen, andere werden die Folgen für Umwelt und Mensch weniger spüren. Einstellen müssen wir uns zum Beispiel auf mehr Dürren, Hochwässer und veränderte Bedingungen für die Landwirtschaft. Doch wir können noch etwas dagegen tun, um diesen Klimawandel zu begrenzen: Runter mit dem Ausstoß klimaschädlicher Gase aus Verkehr, Industrie und den Haushalten. Nur entschlossenes Handeln heute, hilft Katastrophen morgen zu verhindern."

Die Broschüren "Klimaänderung - festhalten an der vorgefassten Meinung? Wie stichhaltig sind die Argumente der Skeptiker" und "Globaler Klimawandel - Klimaschutz 2004" können beim Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin oder über die E-Mail-Adresse [bk@umweltbundesamt.de](mailto:bk@umweltbundesamt.de) kostenlos angefordert werden. Beide Publikationen sind in Kürze auch im Internet [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de) zu finden.

HTM: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-045.htm> PDF:  
<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-045.pdf>

\*\*\*

Berlin, den 18.05.2004 **Auch 2004 im Internet: Ozonwerte und Ozonprognosen des UBA**  
**Aktuelle Veröffentlichung "Hintergrundinformation: Sommersmog"**

Mit Beginn der warmen Jahreszeit wird auch das Thema Ozon wieder aktuell. Ozon beeinträchtigt in höheren Konzentrationen die Gesundheit. Deshalb weist das Umweltbundesamt (UBA) auch in diesem Jahr darauf hin, dass unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/aod.htm> stündlich aktualisierte Ozonwerte und bundesweite Ozonprognosen - auch an den Wochenenden - bereitgestellt werden. Auch in diesem Jahr stellt das UBA seine aktualisierte Zusammenstellung "Hintergrundinformation: Sommersmog" zur Verfügung. Auf 25 Seiten werden Grundlagen rund um das Thema Ozon vermittelt und häufig gestellte Fragen beantwortet. Zudem stellt das UBA unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2648.pdf> einen Forschungsbericht zu Vorhersage-Verfahren der Ozonprognosen im Internet ein.

Die Ozon-Messwerte aller verfügbaren 321 Messstellen der Länder und des Bundes gibt es täglich ab 13.15 Uhr im Netz. Sie werden stündlich aktualisiert und auch in Kartenform dargestellt.

Wie im vergangenen Jahr können täglich ab 10 Uhr bundesweite Ozonprognosen für den laufenden und die beiden folgenden Tage abgerufen werden. Die Prognosen sind in einer Deutschlandkarte farbig dargestellt.

Neu auf den Webseiten sind regionale Ozon-Vorhersagen für zwölf Gebiete Deutschlands, die auch als E-Mails abonniert werden können.

Hinweis für die Redaktionen: Die Karten sind im gif-Format als Datei für den Gebrauch in Medien abrufbar und nutzbar. Der direkte Link ist auch hier: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/aod.htm>

Über diesen Link sind zudem die einzelnen Bundesländer zu erreichen, die ebenfalls Ozon-Messwerte bekannt geben und zum Teil eigene Ozonprognosen für ihr Gebiet erstellen.

Die aktualisierte Ausgabe der "Hintergrundinformation: Sommersmog" informiert darüber, wie bodennahes Ozon entsteht, woher die Emissionen der Vorläuferstoffe stammen, ob es einen langfristigen Ozontrend gibt, wie Ozon auf Gesundheit und Umwelt wirkt und welche Maßnahmen gegen die Belastung durch bodennahes Ozon ergriffen werden. Die "Hintergrundinformation: Sommersmog" kann auch bei der Pressestelle des Umweltbundesamtes, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, Fax: 030/8903-2798, oder e-Mail: [jana.schmidt@uba.de](mailto:jana.schmidt@uba.de) angefordert werden.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-042.htm> PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/pi04/pd04-042.pdf>

\*\*\*

### 16. Mai 2004 **Weltweiter Ausstieg aus Produktion giftiger Chemikalien eingeläutet**

Stockholmer Übereinkommen zu Persistenten Organischen Schadstoffen (POPs) tritt am 17.05.04 mit über 50 Staaten in Kraft

Großer Erfolg für den internationalen Umweltschutz: Heute tritt das im Jahr 2001 auf einer diplomatischen Konferenz in Stockholm gezeichnete Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (POPs-Übereinkommen) in Kraft - neunzig Tage nachdem die im Vertrag geforderte Mindestzahl von 50 Vertragsstaaten dem Abkommen, das unter dem Dach des Umweltprogramms der Vereinten Nationen entstand, beigetreten sind. Damit wird jetzt der offizielle Ausstieg aus der Produktion und Verwendung einer Reihe der giftigsten Chemikalien auch auf globaler Ebene endgültig durchgesetzt.

POPs sind Substanzen, die in der Umwelt nur sehr langsam abgebaut werden. Prominente Beispiele sind das Pflanzenschutzmittel DDT oder die Industriechemikalie PCB, das unter anderem beim Bauen als Dichtungsmasse oder in Kondensatoren verwendet wurde. Viele POPs sind in Deutschland bereits lange verboten. Weltweit waren sie jedoch immer noch im Einsatz.

Vor allem im Fettgewebe von Tier und Mensch reichern sich POPs an und entfalten langfristig schädliche Umwelt- und Gesundheitswirkungen. Aus allen Teilen der Welt, über Tausende Kilometer hinweg, werden POPs in der Atmosphäre transportiert und reichern sich vor allem in den arktischen Regionen an. Deshalb kann man dort hohe POP-Konzentrationen in Robben, Eisbären aber auch Menschen nachweisen, die diese giftigen Chemikalien als Endglieder der Nahrungsketten ansammeln. Die Konzentrationen liegen mittlerweile in Bereichen, in denen schädliche Auswirkungen auf das Immun- oder Nervensystem auftreten oder die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigt wird.

Das Abkommen untersagt künftig die Verwendung der Pflanzenschutzmittelwirkstoffe Aldrin, Chlordan, Dieldrin, Endrin, Heptachlor, Mirex und Toxaphen sowie der Industriechemikalie Hexachlorbenzol. Darüber hinaus sieht der Vertrag ein Verbot der Verwendung von DDT und PCBs vor. Weiterhin umfasst er die Verpflichtung, auch unbeabsichtigt gebildete Stoffe mit POP-Eigenschaften - wie chlorierte Dioxine und Furane - durch technische Maßnahmen so weit wie möglich an der Quelle ihrer Entstehung und Freisetzung zu reduzieren. Weltweit lagern insbesondere in Entwicklungsländern Tausende Tonnen von Altpestiziden und ausrangierten PCB-haltigen Geräten. Das Übereinkommen verlangt daher, dass Abfälle, die aus POPs bestehen oder mit ihnen verunreinigt sind, erfasst und umweltgerecht entsorgt werden müssen.

Mit dem Inkrafttreten des Stockholmer Abkommens ist der Prozess aber noch nicht beendet. Es wird weiter verhandelt. Das Programm der ersten Vertragsstaatenkonferenz, die zu Beginn des Jahres 2005 in Punta del Este in Uruguay stattfinden wird, ist dicht gedrängt: So soll ein Gremium eingesetzt

werden, welches Vorschläge der Vertragsparteien zur Aufnahme weiterer Substanzen mit POP-Eigenschaften in die vertraglichen Regelungen überprüft.

Das Stockholmer Übereinkommen sieht die Möglichkeit vor, dass einzelne Länder spezifische Ausnahmen zur weiteren Anwendung des DDT zur Malariamückenbekämpfung beantragen können. Solche Ausnahmen sind jedoch auf drei Jahre befristet und verlangen zur Rechtfertigung die Entwicklung einer Seuchenbekämpfungsstrategie unter Einbeziehung umweltgerechterer Alternativen. Daher sollen Wege diskutiert werden, solchen Ländern zu helfen, Alternativen zur Malariabekämpfung mittels DDT zu entwickeln.

Schließlich wollen die Vertragsstaaten Leitlinien zur Anwendung der "besten verfügbaren Technik" verabschieden, um eine Minimierung der Emissionen von POPs aus Quellen wie Verbrennungsanlagen oder Metallschmelzen zu erreichen, in denen diese Substanzen unbeabsichtigt gebildet werden. Die Anwendung dieser fortschrittlichen Techniken ist für neu zu errichtende Anlagen vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens vorgeschrieben.

Deutschland und eine Reihe von EU-Staaten haben das Übereinkommen bereits ratifiziert. Die Europäische Union wird noch in diesem Jahr folgen, nachdem sie mit einer Verordnung zur Umsetzung der Inhalte des Übereinkommens ihre gesetzlichen Regelwerke angepasst hat.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-041.htm> PDF:  
<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-041.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/67

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhaengiges internationales

Internet-Netzwerk fuer eine gesuendere Umwelt